

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

21.11.2016

An:
Frau Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf . Nummer
24/V16

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung **im: HFA am 22.11.16 und Rat am 28.11.16**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin
 Ausschußvorsitzende
 SPD-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Fraktion Bündnis 90 / Die Grüne
 Fraktion WBG
 FDP-Fraktion
 Fraktion Bürgerforum
 Fraktion Die Linke
 Fraktion Die Piraten
 Fraktion Witten Direkt
 fraktionslose Ratsmitglieder
 Fraktion Solidarität für Witten

Betreff

Änderungsantrag zum HSP auf S. 17 III. Ergebnis, 3. Satz

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag

Im Kapitel III. Ergebnis des HSP wird der Satz auf S. 17 nach dem dritten Spiegelstrich wie folgt geändert:

„Der Haushaltsausgleich ist nur dann zu erreichen, wenn bei immer weiter steigenden Sozial- und Jugendhilfekosten eine konsequente Beachtung des Konnexitätsprinzips durch Land und Bund erfolgt. Ein erster Schritt wäre, dass der Kommune keine neuen Aufgaben ohne adäquate Gegenfinanzierung übertragen werden. Doch: bei der Eingliederungshilfe zeichnet sich trotz aller Bekundungen das Gegenteil ab. Selbst in der sicher sehr optimistischen Rechnung des Bundes sind Mehrbelastungen ausgewiesen.“

Begründung

Die Formulierung im HSP ist missverständlich und kann in der gegenwärtigen Fassung so gelesen werden, dass Hilfen im Sozial- und Jugendbereich reduziert werden könnten. Deshalb sollte die Formulierung wie oben angegeben geändert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Birgit Legel-Wood
Fraktionsvorsitzende

gez.
Lilo Dannert
Ratsmitglied